



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 4. März 2014
(OR. en)**

**6585/1/14
REV 1**

**SOC 126
EMPL 24
ECOFIN 151
EDUC 57
POLGEN 23**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des	Vorsitzes
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Betr.:	Europäisches Semester 2014: Beitrag für den Europäischen Rat (Tagung am 20./21. März 2014) Orientierungsaussprache

Mit Blick auf die Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 10. März 2014 erhalten die Delegationen beiliegend einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum Thema "Europäisches Semester 2014: Beitrag für den Europäischen Rat (Tagung am 20./21. März 2014)".

Europäisches Semester 2014

Beitrag für den Europäischen Rat (Tagung am 20./21. März 2014)

Orientierungsaussprache

Orientierungsvermerk des Vorsitzes

Mit dem **Paket des Jahreswachstumsberichts 2014** ist der vierte Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU eingeleitet worden. Die Rahmenbedingungen für das diesjährige Europäische Semester sind zum einen geprägt von ermutigenden Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, während zum anderen erhebliche Divergenzen zwischen unseren Mitgliedstaaten, hohe Arbeitslosenzahlen und zunehmende Armut sowie Ungleichheiten die einsetzende Wende zu gefährden drohen. Angesichts dieser Situation muss die politische Kohärenz zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Zielen der Union gestärkt werden.

Der Europäische Rat wird sich auf seiner Frühjahrstagung mit der Lage der Wirtschaft und den wirtschaftlichen Perspektiven befassen. Insbesondere wird er – auf der Grundlage des Beitrags der Kommission und seiner Schlussfolgerungen vom Dezember 2013 – die erste Phase des Europäischen Semesters abschließen. Er wird die allgemeine Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2013 bewerten und den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Ausarbeitung ihrer Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme und ihrer nationalen Reformprogramme an die Hand geben.

Da wirtschaftliches Wachstum und die Normalisierung der Kreditvergabe Vorbedingungen für mehr Beschäftigung und bessere soziale Rahmendaten sind, besteht die größte Herausforderung für Europa jetzt darin, den Aufschwung aufrechtzuerhalten und ihm weitere Dynamik zu verleihen, damit sichergestellt wird, dass er zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt. Daher ist es auch weiterhin von zentraler Bedeutung, dass kontinuierliche und bedarfsgerechte Reformanstrengungen unternommen werden. Wie im **gemeinsamen Beschäftigungsbericht** deutlich wird, sind bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen worden, um die Arbeitsmärkte zu reformieren und widerstandsfähiger zu machen, ihrer Segmentierung entgegenzuwirken und die Erwerbsbeteiligung zu fördern. Dabei fallen allerdings die Fortschritte je nach Politikbereich und Mitgliedstaat unterschiedlich aus. Wir müssen uns eingestehen, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, um die Kernziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen.

Im **gemeinsamen Beschäftigungsbericht** wie auch im **Warnmechanismus-Bericht** kommt zum Ausdruck, dass die Beschäftigungs- und soziale Lage sich in den vergangenen Jahren in einigen Mitgliedstaaten derart verschlechtert hat, dass viele Mitgliedstaaten hohe oder sehr hohe Arbeitslosenquoten verzeichnen. Dies fordert in menschlicher wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen erheblichen Preis. Die Kommission hat die Hilfsindikatoren für die wirtschaftliche Auslegung des **Scoreboards zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte** um eine Reihe sozialer Indikatoren ergänzt, um den sozialen Auswirkungen der Ungleichgewichte und den Anpassungen besser Rechnung zu tragen. Diejenigen Aspekte der eingehenden Prüfungen, welche die arbeitsmarktspezifischen und (sozialen) Entwicklungen betreffen, müssen von den zuständigen Ausschüssen behandelt werden, welche die Beiträge für den Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) ausarbeiten.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten steht die Jugendbeschäftigung. **Die Beschäftigungsgarantien für Jugendliche stellen eine ehrgeizige EU-weite Initiative dar**, die dem multilateralen Überwachungsprozess im **Beschäftigungsausschuss** unterliegen wird. Jugendgarantien allein können allerdings das Problem der Jugendbeschäftigung nicht lösen. Auch in angrenzenden Politikbereichen sind sowohl auf EU- als auch auf einzelstaatlicher Ebene umfassende Anstrengungen erforderlich.

Das Europäische Semester 2014 baut auf verbesserten Verfahren auf, die durch eine vertiefte und umfassendere multilaterale Überwachung und einen breiter angelegten Dialog mit den politischen Akteuren auf einzelstaatlicher und europäischer Ebene gekennzeichnet sind. In diesem Sinne wird mit dem aktuellen Semester eine höhere Eigenverantwortung für die länderspezifischen Empfehlungen durch eine **engere Einbeziehung der Sozialpartner in die im Wandel begriffenen Prozesse der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU** angestrebt.

Mit Blick auf eine Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion enthält der gemeinsame Beschäftigungsbericht 2014 ein neues Instrument, das **Scoreboard der wichtigsten beschäftigungs- und sozialpolitischen Indikatoren**, mit dem die Abstimmung und Überwachung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik im Zuge der Steuerung der WWU verstärkt werden soll. Die Arbeit des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz ist auch darauf gerichtet, das Scoreboard für künftige Europäische Semester einsatzfähig zu machen und seine Kohärenz mit den bestehenden Instrumenten wie dem Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich und dem Anzeiger für die Leistungsfähigkeit des Sozialschutzes zu verbessern. Das Scoreboard stellt einen ersten Schritt in Richtung auf eine Stärkung der sozialen Dimension bei der Steuerung der WWU dar. Im Hinblick auf die Stärkung dieser Dimension sollte dem Erfordernis, dass die verschiedenen Ratsformationen, die an den länderspezifischen Empfehlungen mitwirken, insbesondere die Formationen "Wirtschaft und Finanzen" sowie "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz", enger zusammenarbeiten, größeres Gewicht eingeräumt werden.

Und es kommen noch weitere Herausforderungen auf uns zu. Diese betreffen insbesondere die soziale Lage in der EU. Die Annahme der Strategie Europa 2020 hat die Sozialpolitik ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Strategie der Europäischen Union gerückt. Allerdings hat die Finanz- und Wirtschaftskrise die Aussichten, die Kernziele der Strategie Europa 2020 im Sozialbereich zu erreichen, verringert.

Insgesamt gesehen verschlechtert sich die soziale Lage in der Europäischen Union weiter. In einigen Mitgliedstaaten kommt es aus diesem Grund bereits zu einer schweren Schädigung des Sozialgefüges und zu einer Gefährdung der sozialen und wirtschaftlichen Aussichten großer Teile der Bevölkerung.

Die zunehmende Armut und soziale Ausgrenzung sowie die anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen sind Zeichen dafür, dass die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zur Verringerung der Armut und zur Stärkung der sozialen Integration intensivieren sollten, wenn die EU auf den angestrebten Weg der Umsetzung der sozialen Kernziele zurückfinden soll. Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom Dezember 2013 die Bedeutung der Entwicklungen im Wirtschafts- und im Sozialbereich bekräftigt. Die derzeitigen politischen Strategien haben bislang allerdings leider noch nicht zu einer Wende geführt. Es muss betont werden, dass die Politik in erster Linie dafür sorgen sollte, dass die Verbesserung der sozialen Lage in der gesamten Union generell als vorrangig angesehen wird.

Es ist allgemein anerkannt, dass eine reibungslos funktionierende Währungsunion ein geeignetes Konzept zur Verbesserung der sozialen Lage erfordert. Eine dauerhafte Unterstützung für das europäische Projekt wird auch davon abhängen, dass die Bürger darauf vertrauen, dass die Union in der Lage ist, auch für ihre Interessen und Belange Sorge zu tragen.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister gebeten, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- 1. Welches sind – ausgehend von den Erfahrungen, die im Laufe der verschiedenen Zyklen des Europäischen Semesters gewonnen wurden – die erfolgreichsten Reformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Wie kann die Kohärenz zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik besser gewährleistet werden?*

2. *Der gemeinsame Beschäftigungsbericht 2014 macht deutlich, dass eine erhebliche Lücke zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage in Europa besteht und dass der Aufschwung durch strukturelle Schwächen in der Qualifikationsgrundlage in der Union gefährdet wird. Wie können wir diese Herausforderungen bewältigen?*

 3. *Die EU findet langsam aus der Rezession heraus, doch diese Entwicklung hat noch nicht zu mehr Arbeitsplätzen und einer verbesserten sozialen Situation geführt. Wie könnte eine Umkehr bei den sozialen Entwicklungen und den zunehmenden Unterschieden erreicht werden?*
-